

LINKE GEWALT HÄRTER BESTRAFEN.

WER STEINE AUF MENSCHEN WIRFT, VERDIENT KEINE KUSCHEL-JUSTIZ.

Erinnern Sie sich noch an die G20-Krawalle in Hamburg? Um die 12.000 linke Aktivisten verwandelten die Stadt in ein Schlachtfeld. Autos wurden angezündet, Scheiben eingeschmissen, Polizisten mit Steinen und Flaschen beworfen. Man könnte denken, dass nach solchen Vorkommnissen harte Strafen auf die Schuldigen warten. Doch anscheinend hat die Justiz größtes Verständnis für linke Chaoten. Nehmen Sie das Beispiel eines bayerischen Schlachtenbummlers: Zusammen mit

seiner Freundin hatte er erwiesenermaßen Bierdosen auf Polizeibeamte geworfen. Das Urteil des Hamburger Landgerichtes: Freispruch. Die Richter erklärten dazu: Es sei nicht beweisbar, dass die beiden Täter die Polizisten hätten verletzen wollen. Ein Hamburger Polizist bewertete das Urteil danach so: „Das ist ein Freibrief für alle anderen Chaoten, die uns nach dem Leben trachten.“ Damit hat er leider recht. Wir brauchen endlich wieder Richter, die wirklich „im Namen des Volkes“ urteilen.

UND DAHER FORDERT DIE AFD:

Wir wollen unsere Demokratie verteidigen. Gewalt und Straßenkampf haben in der politischen Auseinandersetzung nichts zu suchen. Deshalb fordern wir:

- ▶ die Erklärung der „Antifa“ zur terroristischen Vereinigung
- ▶ die Erklärung der „Antifa“-Logos zur verfassungsfeindlichen Symbolen
- ▶ die Durchsetzung des Rechts auch gegen linke Gewalttäter
- ▶ ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten
- ▶ die Vergabe von Geldern an Nichtregierungsorganisationen nur nach deren Bekenntnis zur Verfassung
- ▶ die Distanzierung der politischen Linken von linker Antifa-Gewalt

Erfahren Sie mehr unter: www.afd.de



- ▶ **Sie denken, was wir denken? Dann unterstützen Sie unsere Arbeit doch mit einer Spende.** Spenden sind in der Regel steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:

Alternative für Deutschland
Berliner Volksbank
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODE33

Herausgeber:

Alternative für Deutschland
Bundesverband
Schillstraße 9
10785 Berlin



Den Brandstiftern das Handwerk legen: Antifa-Verbot jetzt!



Unsere Innenstädte werden immer unsicherer. Die Gewalt gegen Polizisten nimmt zu. Andersdenkende werden bedroht und angegriffen. **Das ist das Werk der Antifa. Wir müssen sie verbieten.**

DEN STRASSENTERROR STOPPEN.

DIE „ANTIFA“ IST EIN FEIND UNSERER DEMOKRATIE. SIE GEHÖRT ENTSPRECHEND BEHANDELT.

Sie haben es vielleicht mitbekommen, da sogar die „Tagesschau“ nicht umhinkam darüber zu berichten: die jüngsten Krawalle in deutschen Städten. Erst Leipzig, dann Stuttgart, Frankfurt und immer wieder Berlin. Zugegeben, die Liste ist nicht vollständig. Die immer häufigeren Vorkommnisse zeigen: Unser Land hat ein Problem mit linker Gewalt. Dieses Problem ist nicht vom Himmel gefallen. Und es ist nicht unabwendbar. Nein, die Politik der Altparteien ist einfach nicht willens, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Im Gegenteil: Der Staat drückt schon lange das Auge zu,

wenn es um Gewalt von links geht. Im Jahre 2014 kippte die damalige Bundesministerin Schwesig (SPD) das Verbot der Förderung extremistischer Vereine durch den Bund. Aber auch auf Länderebene fließen seit Jahren Millionen von hart verdienten Steuergeldern in zwielichtige Vereine und Initiativen „gegen rechts“. So finanziert der Staat seine erklärten Feinde. Linke Parteien wie Grüne, SPD und Linke (SED) nehmen dabei gerne in Kauf, dass politische Gegner bedroht, verfolgt und angegriffen werden. Ehemals bürgerliche Parteien wie die CDU wählen in Mecklenburg-Vorpommern eine Verfassungsrichterin mit, die nachgewiesenermaßen Mitglied der SED war und eine Unterstützerin der „Antifa“ ist. All dies zeigt: Die Altparteien haben den Kampf gegen den Linksextremismus nicht nur aufgegeben. Sie haben ihn in den letzten Jahren nie geführt. Dabei ist eines klar: **Die**

Tino Chrupalla & Prof. Dr. Jörg Meuthen
Bundessprecher der
Alternative für Deutschland

„Nach allem, was mir die Kollegen berichtet haben und was man auf den Videos sieht, ist davon auszugehen, dass die Ausschreitungen (...) von Linksautonomen unterstützt und angeheizt worden sind.“

Jürgen Engel, stv. Landesvorsitzender der Dt. Polizeigewerkschaft, (Ba-Wü) zu den Krawallen von Stuttgart

„Antifa“ verkörpert genau das, was sie zu bekämpfen vor-täuscht. Wir müssen sie stoppen.

DIE UNTERSTÜTZUNG BEENDEN.

WER LINKE GEWALT TOLERIERT, IST EINES NICHT: TOLERANT.

„Ich bin es leid, wie wir seit Jahren darum kämpfen, dass NGOs und Antifa-Gruppen, die sich engagieren, um ihr Geld ringen und nur von Jahr zu Jahr Arbeitsverträge abschließen können. Sie müssen eine verlässliche Finanzierung haben.“

Nein, das ist kein Zitat eines Hausbesetzers aus der Rigaer Straße in Berlin. Es kommt von einem Mitglied des Deutschen Bundes-



tages. Namentlich von Renate Künast von den Grünen. Ganz ungeniert äußerte sie dies am 13. März 2020. Sie fordert damit nichts anderes als die Unterstützung von Gruppen, die den politischen Gegner bedrohen, einschüchtern und angreifen, die Polizei und unseren Staat verachten. **Immerhin: Dank Frau Künast wissen wir nun, dass die Antifa, die es angeblich gar nicht gibt, „Arbeitsverträge“ abschließt.**

i DAS IST DIE „ANTIFA“

Immer wieder wird behauptet, die „Antifa“ gebe es eigentlich gar nicht. Nun, auch die „RAF“ hatte keinen Eintrag im Vereinsregister. Trotzdem wird niemand bestreiten, dass es sie gab. **Die Antifa ist dezentral organisiert.** Häufig versucht sie an Schulen und Hochschulen Nachwuchs zu gewinnen. Sie ist aber keine harmlose Truppe Halbstarker. **Sie ist unter anderem verantwortlich für:**


- ▶ Straßenkrawalle
- ▶ Gewalt gegen Andersdenkende
- ▶ Gewalt gegen Polizisten
- ▶ Anschläge auf die Bundeswehr

UND IHRE UNTERSTÜTZER

„Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem.“

Manuela Schwesig, SPD



Saskia Esken 
SPD-Vorsitzende
58 und #Antifa.
Selbstverständlich.

DIE DEMOKRATIE GEGEN LINKEN TERROR VERTEIDIGEN. RECHTSSTAAT STATT LINKSSTAAT.

Wer es wagt, sich gegen den Linkstrend in Politik und Medien zu stemmen, der kann schon mal ein Problem bekommen. Seine Veranstaltung an der Universität wird gestört. Oder er verliert gleich seinen Job. Mancher wird in seiner Nachbarschaft „geoutet“. Einem anderen wird sein Ladengeschäft „entglast“. Wirten, die nichtlinken Parteien Räumlichkeiten zur

Verfügung stellen wollen, wird deutlich mit Gewalt und Diffamierung gedroht. Diese Bedrohungen der bürgerlichen Existenz sind nur möglich dank einer linken „Putztruppe“, der Antifa. Mithilfe krimineller Machenschaften soll der offene politische Diskurs erstickt werden. **Das kann unser Rechtsstaat nicht weiter zulassen.**